

Demografie und Neubaugebiete
Wohin entwickelt sich der Immobilienmarkt?
Wie bekommen wir mehr preiswerten Wohnraum?

Donnerstag, 29. November 2018, 19 Uhr

Ort: Rathaussaal, Dossenheim

Der Geograf Stefan Flaig vom Beratungsunternehmen Ökonsult aus Stuttgart beschäftigt sich seit Jahren mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die kommunale Siedlungsplanung. Im Rahmen des Förderprogramms „Flächen gewinnen“ des Landes Baden-Württemberg hat er mehrere Modellprojekte zur Wiederbelegung von aktuellen und künftigen Leerständen im Siedlungsbestand durchgeführt. In seinem Vortrag mit anschließender Diskussion wird er anhand von neuesten Zahlen des Statistischen Landesamts den demografischen Wandel und seine Folgen für Dossenheim beleuchten und Fragen wie „Wie viel Familienwohnraum brauchen wir zukünftig?“ und „Sind Neubaugebiete für preiswerten Wohnraum geeignet?“ beantworten.

Veranstalter: BUND Ortsverband Dossenheim
und Bündnis 90/Die Grünen, Ortsverband Dossenheim

Das Thema Flächenverbrauch beschäftigt den BUND auch auf Landesebene. Hierzu eine Stellungnahme vom 4. Oktober 2018:

BUND Baden-Württemberg besorgt über wieder zunehmenden Flächenverbrauch

Kommunen brauchen schärfere Vorgaben

Mit Sorge betrachtet der BUND Baden-Württemberg den zunehmenden Flächenverbrauch im Land. Mit 7,9 Hektar pro Tag steigt dieser 2017 erstmals seit 2013 wieder deutlich an. „Das ist ein alarmierendes Zeichen und zeigt, dass die Landesregierung nicht energisch genug handelt. Der mehr als verdoppelte Flächenverbrauch gegenüber 2016 kann nicht allein auf statistische Sondereffekte zurückgeführt werden“, kommentiert Dr. Brigitte Dahlbender, Landesvorsitzende des BUND, die heute vom Statistischen Landesamt vorgestellten neuen Daten. „Als wesentliche Ursache des Anstiegs sehen wir die Tendenz vor allem in den kleineren Kommunen, unter dem Vorwand der Schaffung dringend notwendigen Wohnraums wieder verstärkt Einfamilienhausgebiete auf der grünen Wiese auszuweisen. Begünstigt wird diese Entwicklung durch den neu ins Baugesetzbuch eingeführten § 13b, der es den Kommunen im Außenbereich erlaubt, beschleunigt Wohnbauland auszuweisen. Damit wird kein preisgünstiger Wohnraum geschaffen, sondern nur wertvolle Fläche verbraucht. Wir fordern die Landesregierung auf, beim Bund auf eine Abschaffung von § 13b BauGB hinzuwirken und gegenüber den Gemeinden schärfere Vorgaben durchzusetzen“, so Dahlbender.

Der BUND unterstützt ausdrücklich die Anstrengungen des Landes und der Kommunen, im Innenbereich neuen preisgünstigen und verdichteten Wohnungsbau zu schaffen. „Die aktuellen Entwicklungen der beschleunigten Flächenausweisungen im Außenbereich sind aber kontraproduktiv und nicht geeignet, die Wohnungsnot im Land zu beseitigen“, erklärt Dahlbender.